Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.20 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.20 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Oktober 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 232 — Donnerstag, 2. Oktober 1924 — XXXII. Jahrg.

Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Die Deutschnationalen zum Eintritt in die Regierung bereit — Dr. Marx und die Idee der Volksgemeinschaft — Sehr schlechte deutsche Ernteergebnisse

Der Kanzler geht ans Werk

B. Berlin, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht)

Nachdem der Beschluß des deutschnationalen Parteivertretertages in positivem Sinne ausgefallen ist, wird der Reichskanzler noch heute seine Bemühungen um Erweiterung der Regierungsbasis beginnen. Dr. Marx gedenkt, wie wir bereits mitteilten, nicht nur an die Deutschnationalen, sondern auch an die Sozialdemokraten heranzutreten. Wahrscheinlich wird er aber zunächst einmal mit den Führern der Regierungsparteien Fühlung nehmen, um deren Ansichten zu erforschen und danach seine weiteren Dispositionen einzurichten. Die Haltung des Zentrums ist — auch das haben wir bereits hervor — nicht einheitlich. Zur Zeit ist wohl der Flügel der stärkere, der, wenn auch mit saurem Herzen, auf eine Vernunftehe mit den Deutschnationalen sozusagen probeweise sich einlassen würde. Dabei möchte man letzten Endes aber die Entscheidung abhängig machen von der Stellungnahme der Demokraten. Die Demokratische Partei glaubt indes, keine Veranlassung zu haben, den Entscheidungen des Zentrums vorzugreifen. Soweit wir über die Stimmung in der demokratischen Reichstagsfraktion unterrichtet sind, ist kaum daran zu denken, daß sich eine Mehrheit für eine Kombination mit den Deutschnationalen finden wird.

Die Führer der Fraktion, Koch, Erkelenz, Fischer, haben sich in den letzten Wochen wiederholt aufs schärfste gegen den Bürgerblock und gegen eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung ausgesprochen. Vor allem aus dem Grunde, weil man die durch das Dawes-Gutachten gekennzeichnete Linie der Außenpolitik durch eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung für gefährdet hält. Man fürchtet den Verlust mühsam erworbenen moralischen Kredits in der Welt, fürchtet namentlich die nachteiligen Folgen, die sich aus den Rückwirkungen auf Frankreich ergeben würden. Hinzu kommt die Erwägung, daß die Deutschnationalen eine erfolgverheißende Völkerbundpolitik nicht mitmachen könnten, wenn sie nicht ihre ganze Vergangenheit ableugnen wollen. Besondere Schwierigkeiten würde die Stellung der Deutschnationalen zur Frage der künftigen Militärkontrolle bereiten, die in dem deutschen Aidememoire angeschnitten wurde und eines der heikelsten Probleme bei den bevorstehenden Auseinandersetzungen mit den Alliierten bilden dürfte.

Bei alledem verkennt man innerhalb der demokratischen Fraktion, die allerdings im Moment nicht vollzählig versammelt ist, keineswegs die außerordentliche Tragweite der kommenden Entscheidungen. Die Fraktion wird, wie wir hören, voraussichtlich am nächsten Dienstag zusammentreten, um sich über ihr Verhalten bei etwaigen Verhandlungen schlüssig zu werden. Im Augenblick steht noch nicht einmal fest, ob man überhaupt willens ist, an diesen Verhandlungen sich zu beteiligen. Jedenfalls fühlt sich die Fraktion nach keiner Richtung hin gebunden, zumal, wie die parteiamtliche Korrespondenz feststellt, sie aus den bisherigen Diskussionen systematisch ausgeschaltet sei.

•

Der Beschluß der Deutschnationalen

× Berlin, 30. September. Die Deutschnationale Volkspartei gibt über ihren heutigen Vertretertag folgenden Bericht aus:

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei trat am Dienstag im Reichstag unter ungewöhnlich zahlreicher Beteiligung zusammen. Der Parteivorsitzende Staatsminister Hergt erstattete Bericht über die Reichstagsberatungen zum Sachverständigengutachten und über die inzwischen stattgehabten Besprechungen über den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung. Bei seinen eingehenden Würdigung der politischen Lage verwies er u. a. auf das Schreiben der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom 28. August, worin vollstes Verständnis für die bei der Deutschnationalen Volkspartei bestehende bittere Enttäuschung über das in London nicht Erreichte zum Ausdruck kam. In diesem Schreiben werde die Deutschnationale Volkspartei zur Mitwirkung an der Zukunftsarbeit aufgerufen, bei der dann alles darauf ankomme, mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgesetzt werden konnte. Er nahm ferner auf den Beschluß des Fraktionsvorstandes der Deutschen Volkspartei vom 24. September Bezug, worin gerade die Uebernahme der Reparationslasten nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Existenzmöglichkeit als Richtlinie bezeichnet wird.

Es gelangte in der eingehenden Aussprache zum Ausdruck, daß auf Grund solcher Kundgebungen der Deutschen Volkspartei sich eine Verständigung über eine gemeinsame nationale Arbeit mit den andern in Betracht kommenden Parteien finden lassen könne, bei der die Deutschnationale Volkspartei ihr vornehmstes Ziel, die politische und wirtschaftliche Freiheit Deutschlands, unter allen Umständen weiterzuverfolgen entschlossen ist. In der Aussprache wurde ferner auch in vollster Würdigung der schwierigen Lage das unablässige selbstlose Bemühen des Parteivorsitzenden anerkannt, unter Wahrung des eigenen ablehnenden Standpunktes einen Ausgleich unter den abweichenden Auffassungen der Reichstagsfraktion herbeizuführen und dadurch die Geschlossenheit der Fraktion zu erhalten. Es wurde folgende

Entschließung

gefaßt:

„Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vorsitzenden der Landesverbände einmütig gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Nachdem der Reichstag die auf dem Londoner Abkommen beruhenden Gesetze angenommen und somit zur rechtlich bindenden Norm, die der Durchführung bedarf, gestaltet hat, ist es Pflicht der Partei, sich Einfluß auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze zu verschaffen. Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichskanzler Marx in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung nicht versagt."

•

Letzter Versuch, den Zerfall zu vermeiden

B. Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Die Resolution des deutschnationalen Parteivertretertages ist, wie verlautet, in ihrem ersten Teil einstimmig und in ihrem zweiten Teil, der den Beschluß der Fraktion über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler billigt, mit 278 gegen 35 Stimmen angenommen worden. Die Opposition konnte keine höhere Stimmenzahl auf sich vereinigen, da die Meinung vorherrschte, der Eintritt in die Regierung sei der letzte unvermeidliche Versuch, die Partei vor dem Zerfall zu retten. Nach dem „Tag" würden Schwierigkeiten in der Personalfrage sich kaum mehr ergeben, da die Deutschnationalen sich in der gestrigen Debatte schlüssig geworden sind, sich auf die äußerst mögliche Grenze zurückzuziehen. Von dieser „äußersten" Grenze haben sie allerdings einigermaßen komische Auffassungen. Die Deutschnationalen würden sich „begnügen", wenn die Posten des Vizekanzlers, des Innenministers, des Verkehrsministers und des Wirtschaftsministers ihnen überlassen würden.

Die Parteipresse beschäftigt sich bereits zum Teil eingehend mit der Frage der Regierungsumbildung. Bemerkenswert ist vor allem die Stellungnahme der „Germania", die sich energisch für eine Regierung der Volksgemeinschaft einsetzt und durch diesen Schachzug übertriebenen Erwartungen der Deutschnationalen von vornherein zu begegnen sucht. Die Frage eines Eintritts der Deutschnationalen bedeute für das Zentrum zugleich die Aufrollung der Frage der Mitwirkung der Sozialdemokraten. Die Zentrumspartei könnte eine einseitige Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gutachten nicht zulassen. Sie werde daher an der Forderung nach einer Regierung der Volksgemeinschaft unter allen Umständen festhalten. „Wir würden", so erklärt das Kanzlerorgan, „es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion irgendwie voreilig sich in irgendeinem Sinne festlegen wollte. Sie hat sich schon früher einmal in sehr unvorsichtiger Weise selbst ausgeschaltet und an den Folgen einer solchen kurzsichtigen Politik schwer tragen müssen. Wir möchten wünschen, daß sie in dieser Beziehung heute theoretisch klüger sich verhalten werde."

In Wahrheit glaubt natürlich kein Mensch und wohl auch die „Germania" nicht ernstlich an die Möglichkeit, eine Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten herbeizuführen. Auch die Sozialdemokraten rechnen zwar damit, daß die Aufforderung, sich an der Regierung zu beteiligen, an sie ergehen werde. Der „Vorwärts" weist aber schon heute diesen Gedanken als völlig abwegig zurück. Die Sozialdemokratie könne ein derartiges Ansinnen überhaupt nicht ernst nehmen. Wenn man so täte, als ob die Möglichkeit bestünde, daß Sozialdemokraten und Deutschnationale in einer Regierung sich zusammensetzen könnten, so beweise das nur, „zu welchen possenhaften Verwicklungen die deutschvolksparteiliche Krisenschieberei geführt habe". Auf der Rechten zeigt man sich natürlich höchst beunruhigt darüber, daß der Kanzler sich auch an die Sozialdemokraten wenden wolle und fürchtet, daß auf diesem Wege „wertvolle politische Möglichkeiten und politische Notwendigkeiten vereitelt werden könnten."

Vor Abschluß der Anleiheverhandlungen

B. Berlin, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Reichsfinanzminister Luther hat sich heute nach London begeben. Die Verhandlungen, die in London über den Abschluß der Anleihe geführt wurden, an denen von deutscher Seite der Reichsbankpräsident Dr. Schacht teilgenommen hat, sind, wie verlautet, so weit gediehen, daß mit einem unmittelbar bevorstehenden Abschluß gerechnet werden kann. Das Gerücht, daß die Zeichnung der Anleihe erst nach den Präsidentschaftswahlen in Amerika erfolgen werde, hat sich demnach nicht bewahrheitet. In London weilen bereits seit einiger Zeit Morgan und andre amerikanische Großbankiers. Der Zinsfuß der Anleihe wird voraussichtlich 7 Prozent betragen. Die Anleihe wird zu einem Kurs von 97 aufgelegt werden. Diese Bedingungen wären etwas günstiger, als man zuerst annehmen mußte.

•

Ein Erpressungsversuch

☞ Paris, 1. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die heute beginnenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen erwecken hier großes Interesse. Schon mehrfach haben die Pariser Blätter auf den schweren Stand der französischen Unterhändler hingewiesen. Sie haben der deutschen Abordnung Absichten angeschoben, die die Einleitung von Wirtschaftsverhandlungen überhaupt als zwecklos hinstellen. Heute beschäftigt sich der „Gaulois" mit der Stellung der beiden Parteien und kommt zu dem Schluß, daß Frankreich nur durch Druckmittel (!) die deutsche Delegation zu einer entgegenkommenden Haltung bringen könne. Als wichtige Hilfe kommt dabei die 26prozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrartikel in Frage. Die Stellung der französischen Unternehmungen werde ferner gestärkt durch den Umstand, daß die deutsche Industrie auf lothringische Erze angewiesen sei. Auch der Hinweis auf die militärische Räumung des Ruhrgebietes nach Ablauf eines Jahres werde seinen Eindruck auf die Deutschen nicht verfehlen. (Die Erpressungsvorschläge des „Gaulois" lassen deutlich die schwierige Stellung der französischen Delegation erkennen. D. Red.)

Frankreich und die Kriegsschuldfrage

Eine Stimme in der Wüste

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 1. Oktober

Das linksbürgerliche Blatt „Ere Nouvelle" veröffentlicht einen Aufruf, in dem als Meinung führender linksrepublikanischer Persönlichkeiten mitgeteilt wird, man müsse die Gründung eines internationalen Schiedsgerichtes, wie sie jetzt in Genf vollzogen worden sei, in erster Linie dazu benutzen, die Kriegsschuldfrage untersuchen zu lassen. In dem Aufruf heißt es dann: „Eine Anzahl von Gelegenheiten ist nun geboten worden, um die Verantwortlichkeit am Kriegsausbruch prüfen zu lassen. Das Schiedsgericht allein wird diese Streitfrage in einer für alle Teile befriedigenden Weise der Lösung zuführen können. Es wäre ein Unglück, wenn Frankreich einen solchen Antrag ablehnen würde. Wir erblicken in der Untersuchung der Kriegsschuldfrage durch ein Schiedsgericht die wahrhafte Garantie für unsre Sicherheit und für die moralische Abrüstung dies- und jenseits des Rheins."

•

Fromme Wünsche eines englischen Großindustriellen

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 1. Oktober. Der Großindustrielle Sir Robert Hadfield, Vizepräsident des britischen Industrieverbandes, veröffentlicht im „Eclair" einen mit wüsten Beschimpfungen Deutschlands erfüllten Artikel. Er vertritt die sonderbare Ansicht, daß der Frieden in Europa nur dann einkehren werde, wenn das Deutsche Reich auseinanderfallen würde. Sein Wunsch ist, Frankreich und England mögen sich die Hände reichen, um gemeinschaftlich die deutsche Einheit auseinanderzureißen.

Sieben Fragen des Abg. Erkelenz

VDZ. Berlin, 1. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der zweite Vorsitzende der Demokratischen Reichstagsfraktion, fordert in der nächsten Nummer der „Hilfe" die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Erörterung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen:

1. Erkennen Sie die Weimarer Verfassung an?
2. Sind Sie bereit, jede gewaltsame Aenderung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden?
3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen?
4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes?
5. Sind Sie bereit, jegliche Förderung der verfassungsfeindlichen Organisationen zu unterlassen?
6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern?
7. Sind Sie bereit, Verächtlichmachungen der Verfassung und der verfassungsgemäßen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung entschieden zu bekämpfen?

Erst nach Beantwortung dieser Fragen, so erklärt Erkelenz, könne man beurteilen, was der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung innen- und außenpolitisch bedeuten würde.

•

Eine demokratische Stimme

B. Berlin, 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die „D. A. Z." veröffentlicht von „einflußreicher deutschdemokratischer Seite Süddeutschlands" eine Zuschrift, die sich mit der Haltung der demokratischen Partei befaßt und u. a. ausführt: Die grundsätzliche Bekämpfung des Eintritts der Deutschnationalen würde von weiten Kreisen der Partei, wohl gerade von denen, die ihr noch einigen Rückhalt bei den Wählern geben, keineswegs gebilligt werden, weil man da noch Wert darauf legt, sich zu den Bürgerlichen zu rechnen, wenn auch dieser Begriff nicht mehr den alten Inhalt haben kann. Nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Sozialdemokraten sollen in die Reichsregierung eintreten, damit der deutsche Bürger doch einmal den Beweis dafür erhält, daß auch diese beiden extremen Parteien nicht nur Parteipolitik treiben, sondern auch das Vaterland in der Not stützen und fördern wollen.

Dieses Ziel ausgleichender Politik und versöhnender Arbeit am Vaterlande zu erreichen, soll die deutschdemokratische Partei durch vermittelnde Tätigkeit sich leichtig und aufrichtig bemühen. Daß wird ihr wieder Anhänger zuführen; denn das ist dann eine verständige Politik der Mitte. Treibt aber Fraktion und Leitung in Berlin unfruchtbaren Radikalismus, so wird sie die Partei noch vollends zerschlagen."

Der Amerikaflug des „Z R III"

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 1. Oktober. (Durch United Preß.) Das Marineamt hat Vorsorge getroffen, daß der „Z R III" auf seiner Ozeanfahrt stündlich über die Wetterlage genauestens unterrichtet wird. Dieser Wetterdienst wird von den drei Kreuzern „Milwaukee", „Detroit" und „Potoka", die an gewissen Punkten der Route des Zeppelin stationiert sind, ausgeführt und durch Funkdienst dem „Z R III" übermittelt. Das Marineministerium sieht diesen Funkwetterdienst von Schiffen gleichzeitig als einen Versuch für einen später einzurichtenden regelmäßigen Wetterdienst für den transozeanischen Flugdienst an.

•

„Z R III" als französisches Hetzmittel

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 1. Oktober

Ein Sonderberichterstatter des „Journal" veröffentlicht eine aus Friedrichshafen datierte Schilderung der Zeppelin-Werke und beschäftigt sich dann mit der in Deutschland während der Zeppelin-Flüge herrschenden Stimmung. Er behauptet, daß die Leistungen des Zeppelin im ganzen deutschen Volke eine Art „überpatriotische" (!) Stimmung hervorgerufen hätten und daß alle Bevölkerungskreise in dem Aufschwung der deutschen Luftschiffahrt die Möglichkeit eines baldigen glorreichen Wiederaufstieges der deutschen Macht erkennen. Diese tendenziösen Behauptungen dienen dazu, den französischen Chauvinisten neue Argumente für ihre hysterischen Behauptungen zu liefern, „man wolle in Deutschland mit Hilfe der Luftflotte Frankreich überfallen". Es ist an der Zeit, derartigen Entstellungen an maßgebender deutscher Stelle wirksam entgegenzutreten. Bekanntlich wurde in Frankreich der Fortschritt auf dem Gebiete der Aviatik dazu benutzt, den Revanchegedanken zu stärken. Daß dies in Deutschland keineswegs der Fall ist, wissen die französischen Zeitungen ganz genau. Aber das hindert sie nicht, dem deutschen Volke Revanchegelüste zu unterschieben und diese mit rein technischen Errungenschaften in Zusammenhang zu bringen.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19241002/1